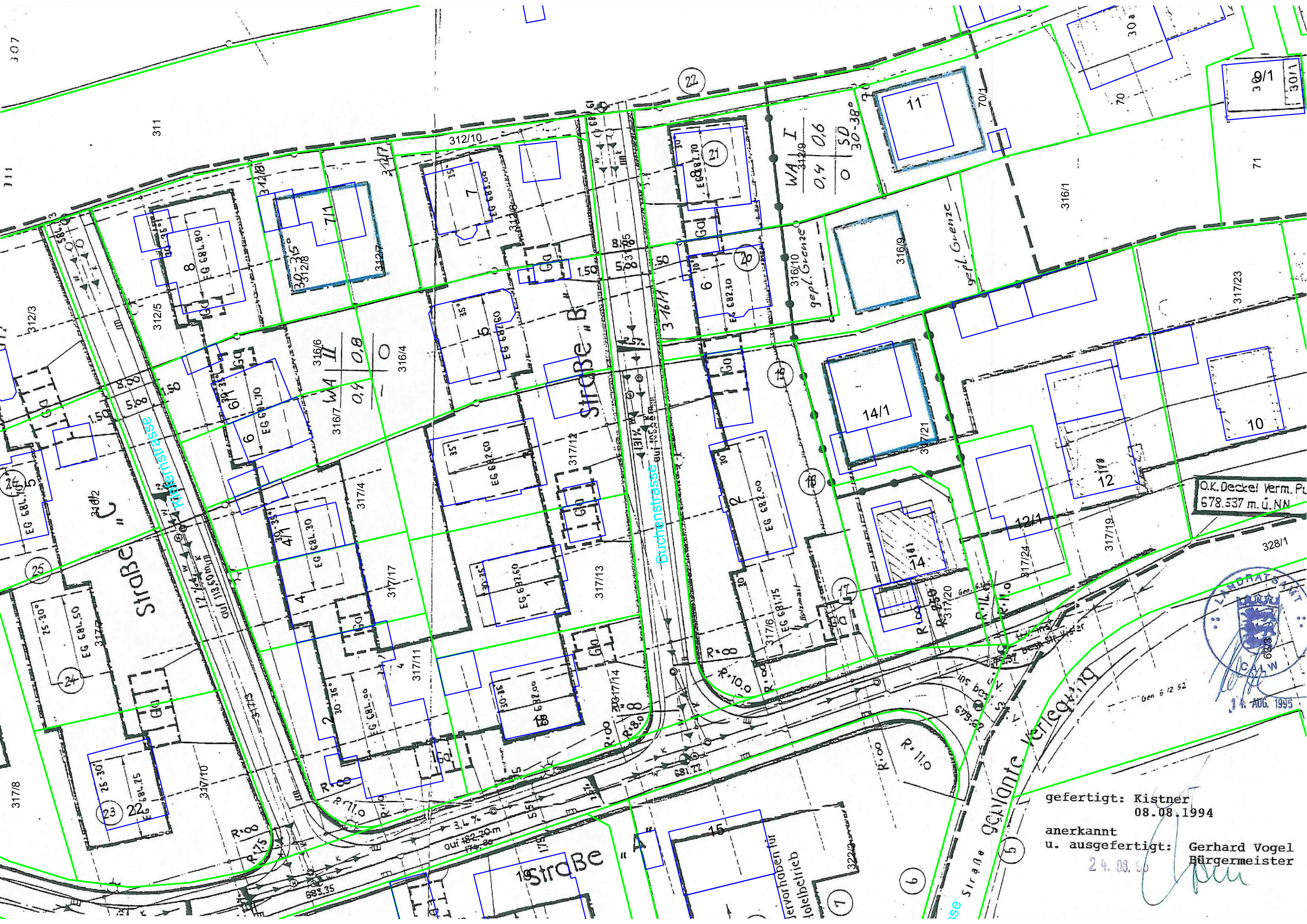
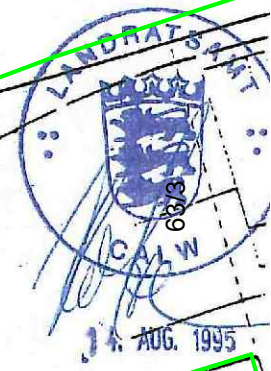




O.K. Deckel Verm. Pt.
678.537 m. ü. NN



gefertigt: Kistner
08.08.1994

anerkannt
u. ausgefertigt: Gerhard Vogel
Bürgermeister

24.08.94

Gemeinde Schömburg
Landkreis Calw

Begründung und Textteil
zum Bebauungsplan "Nord I - 1. Änderung" in Schömburg-Langenbrand

1. Lage und Geltungsbereich

Die Änderung schließlich südlich der Kiefernstraße und östlich der Ringstraße 4 weitere Flurstücke mit ein (s. Bebauungsplan "Nord I - 1. Änderung" vom 08. August 1994).

2. Art und Maß der baulichen Nutzung

Siehe Nutzungsschablonen und Festsetzungen Bebauungsplan "Nord I".

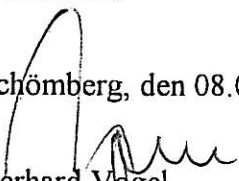
3. Verkehrliche Erschließung, Ver- und Entsorgung

Die verkehrliche Erschließung erfolgt über Privatwege; die Ver- und Entsorgung muß von den künftigen Bauherren selbst und auf deren Kosten hergestellt werden. Gegebenenfalls müssen Abwasserhebeanlagen eingebaut werden.

Alle weiteren Vorschriften, insbesondere über Art und Maß der baulichen Nutzung, Garagen und überdachte Stellplätze sowie Nebenanlagen, bestimmen sich entsprechend den Vorschriften des Bebauungsplanes "Nord I".

Anerkannt:

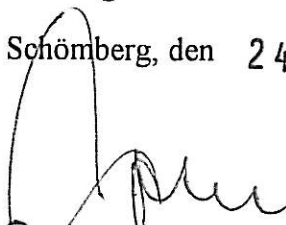
Schömburg, den 08.08.1994


Gerhard Vogel
Bürgermeister



ausfertigt:

Schömburg, den 24. 08. 95


Gerhard Vogel
Bürgermeister




1. AUG. 1995

Gemeinde Schömburg
Landkreis Calw

S A T Z U N G

über den Bebauungsplan "Nord I - 1. Änderung" in Schömburg-Langenbrand

Nach § 10 und § 13 des Baugesetzbuches in der Fassung vom 08.12.1986 (BGBL I, Seite 2253 - künftig BauGB) geändert durch Gesetz vom 25.07.1988 (BGBL. Seite 1093) durch den Einigungsvertrag vom 31.08.1990 in Verbindung mit Gesetz vom 23.09.1990 (BGBL.II, Seite 885, 1122), § 73 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 28.11.1983 (GBL. Seite 770, berichtigt 1984 Seite 519 - künftig LBO) geändert durch Gesetze vom 01.04.1985 (GBL. Seite 51) vom 22.02.1988 (GBL. Seite 55) vom 08.01.1990 (GBL. Seite 1,) vom 17.12.1990 (GBL. Seite 426) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 03.10.1983 (GBL. Seite 578, berichtigt Seite 720) geändert durch Gesetze vom 23.07.1984 (GBL. Seite 474), vom 17.12.1984 (GBL. Seite 675), vom 16.02.1987 (GBL. Seite 43), vom 18.05.1987 (GBL. Seite 161), vom 18.02.1991 (GBL. Seite 85), hat der Gemeinderat der Gemeinde Schömburg in öffentlicher Sitzung am 21.02.1995 den Bebauungsplan "Nord I - 1. Änderung" als Satzung beschlossen.

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

Für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist der Plan vom 08.08.1994 maßgebend.

§ 2

Bestandteile der Satzung

Der Bebauungsplan besteht aus dem Lageplan mit zeichnerischem Teil, der Begründung und den textlichen Festsetzungen vom 08.08.1994.

§ 3

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne von § 74 LBO handelt, wer den aufgrund von § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 73 LBO getroffenen Festsetzungen des Bebauungsplanes zuwiderhandelt.

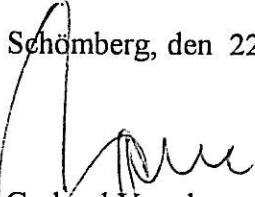
§ 4

Inkrafttreten

Dieser Bebauungsplan tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung nach § 12 BauGB in Kraft.

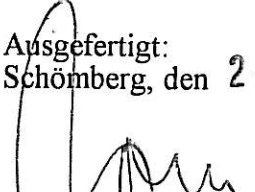
Anerkannt:

Schömburg, den 22.02.1995


Gerhard Vogel
Bürgermeister



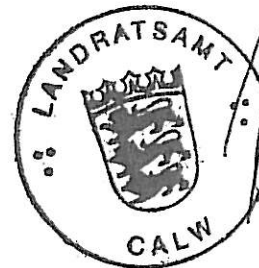
Ausgefertigt:
Schömburg, den 24. 08. 95


Gerhard Vogel
Bürgermeister

Hinweis

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB in der Fassung vom 08.12.1986 (Bundesgesetzblatt I, S. 2253) bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen der Satzung ist nach § 215 Abs. 1 Nr. 1 BauGB unbeachtlich, wenn die Verletzung nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, darzulegen.

Nach § 4 Abs. 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 03.10.1983 (Gesetzblatt Seite 578), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 18.05.1987 (Gesetzblatt Seite 161) gilt die Satzung - sofern sie unter der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung oder aufgrund der Gemeindeordnung ergangenen Bestimmungen zustande gekommen ist - ein Jahr nach dieser Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn




14. AUG. 1995

1.
die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

2.
der Bürgermeister dem Beschluß nach § 43 Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat, oder wenn innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluß beanstandet hat oder die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 18 Abs. 2 Satz 2 und 3 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche und des § 18 Abs. 3 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen hingewiesen.

